

**Betreff:** Information der GdG-KMSfB - Jänner 2012  
**Anlagen:** Aussendung-gdg-vbg-1\_2012.pdf; Aussendung-gdg-vbg-1\_2012\_1.pdf;  
Aussendung-gdg-vbg-1\_2012\_2.pdf

**Wichtigkeit:** Hoch

Für den Fall, dass Ihr E-Mail-Programm die HTML-Anzeige nicht unterstützt können Sie die anhängende Datei öffnen -  
alle Details finden Sie auch auf unserer Homepage [www.gdg-kmsfb-vbg.at](http://www.gdg-kmsfb-vbg.at) !

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Dienstnehmer, egal ob im privatwirtschaftlichen oder im öffentlichen Bereich sollen, wenn es nach der Industriellenvereinigung, der Interessensvertretungen der Bauern, der Unselbständigen usw. geht, die Hauptzahler der derzeitigen Krise werden.  
In diesem Rundmail wollen wir euch ausführlichst über die aktuellen Standpunkte eurer Interessensvertreter/-vertretungen informieren.



**Ing. Christian Meidlinger / Bundesvorsitzender der GdG-KMSfB**

## **Schluss mit Hetze auf Beamte!**

**Gewerkschaft hat unsinnige Vorschläge  
bereits zurückgewiesen**

"Mit dem ständigen Hinschlagen auf die Österreichischen BeamtInnen und Vertragsbedienstete im Öffentlichen Dienst muss endlich Schluss sein. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst haben wir die abenteuerlichen Vorschläge einzelner Politiker bereits in aller Schärfe zurückgewiesen", erklärte am Montag, den 23. Jänner 2012, GdG-KMSfB-Vorsitzender Christian Meidlinger.

GdG-KMSfB und GÖD haben abenteuerlichen Ideen wie "Arbeitsplatzsicherungsbeiträgen" oder "100prozentigem Aufnahmestopp" eine klare Absage erteilt. "Wir werden aber einzelne Redebeiträge nicht ausführlich kommentieren - seien sie jetzt vernünftig oder geradezu wahnwitzig. Wir werden die Diskussion über ein Gesamtpaket, das die Zukunft der Öffentlichen Dienste regelt hart und fair führen, sobald ein derartiger Entwurf vorliegt.  
Erste Voraussetzung dafür ist eine Aufgabenkritik, in der klar ausgesprochen wird, welche Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung künftig erbracht werden sollen. Dann wird über die notwendigen Personalressourcen, die Arbeitsbedingungen und die notwendigen finanziellen Mittel zu reden sein", sagte Meidlinger.

---



**Wolfgang Stoppel** / Landesvorsitzender der GdG-KMSfB

## **Keine weiteren Belastungspakete für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

**Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind an der Finanzkrise nicht schuld und dürfen nicht noch einmal zur Kasse gebeten werden.**

Die Senkung des Budgetdefizits ist eine unheimlich große Herausforderung. Der Auslöser für die hohe Verschuldung ist die Finanzkrise. Keinesfalls sind die Arbeitnehmer daran schuld. Die unteren und mittleren Einkommen sind steuerlich bereits sehr hoch belastet. Bis zu 40 Prozent selbst bei jenen, die keine Lohnsteuer zahlen, nämlich durch Sozialversicherungsabgaben, die Mehrwertsteuer und indirekte Steuern.

### **Reiche können und sollen zahlen**

Die Steuerstruktur muss in den nächsten Jahren gerechter werden, aber jetzt muss man das Budgetdefizit verringern. Reiche, Vermögende und Grundbesitzer sollen beim kommenden Sparpaket zur Kasse gebeten werden. Landesvorsitzender Wolfgang Stoppel: „Die tun so, als würden sie unheimlich belastet sein. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Und sie haben am meisten profitiert und nun sollen sie auch einen entsprechenden Anteil, weil sie auch leistungsfähiger sind, zur Verfügung stellen.“

### **Auf keinen Fall darf der kleine Häuselbauer bestraft werden.**

- Wir reden hier von Besitz ab 700.000 Euro netto. Das heißt abzüglich der Schulden.
- Wer soviel besitzt, hat das Geld und die Kraft sich an der Budgetsanierung zu beteiligen.

### **10 Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Vermögens.**

In Zahlen: 10 Prozent der Österreicher besitzen 800 Milliarden Euro. Nur ein Prozent davon und die Einsparungen zum Sparpaket bis 2017 sind geleistet – insgesamt 8 Milliarden Euro – und zwar von jenen, die es sich leisten können.

Weiters muss es zu einer **Europaweiten Finanztransaktionssteuer** kommen. Das ist unabdingbar. Sonst wird der hemmungslosen Geldgier von verantwortungslosen Finanzhaien kein Einhalt geboten.



## **ÖGB und AK: Nein zu Pensionseinschnitten**

„Defizitabbau und Position der ArbeitnehmerInnenvertretungen“  
ÖGB/AK Konferenz vom 20. Jänner 2012 - Zusammenfassung

Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK) wollen das Budget zu einem guten Teil über die Steuerseite in den Griff bekommen. Ihr erarbeitetes Sanierungspapier sieht in diesem Bereich Maßnahmen vor, die bis 2017 bis zu 5,4 Milliarden einbringen könnten.

Zur Kasse bitten würden die Arbeitnehmervertreter vor allem Unternehmer und Bauern. Einschnitte für die eigene Klientel etwa bei den Pensionen werden hingegen vehement abgelehnt. Argumentiert wird von Gewerkschaft und Kammer, dass der Anstieg der Staatsschulden eine direkte

Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise sei.

Das Verursacher- und das Leistungsfähigkeitsprinzip legten nun nahe, die Arbeitnehmer nicht weiter zu belasten, sondern die Profiteure der Gewinne vor der Krise substanziell an der Sanierung zu beteiligen.

### **Foglar: „Vorschlagspalette“**

ÖGB-Chef Erich Foglar sieht das präsentierte Konsolidierungspaket der Arbeitnehmervertreter als „Vorschlagspalette“. Man könne die Maßnahmen kritisieren, „aber es liegt etwas auf dem Tisch“. Dass die Gewerkschaft auch gehört werden will, machte deren Präsident dann aber auch klar: „Wir erwarten uns, dass die Vorschläge nicht nur gehört werden, sondern auch berücksichtigt werden.“

Erneut pochten Foglar und AK-Präsident Herbert Tumpel darauf, dass die auch aus ihrer Sicht notwendige Budgetkonsolidierung nicht rein ausgabenseitig erfolgt, wie das Wirtschaft und Industrie fordern. Solch eine Vorgangsweise sei denkunmöglich. Würden die Maßnahmen so gesetzt werden, dass diese Wirtschaftswachstum verhindern und Beschäftigung erschweren, könne die Konsolidierung auch nicht gelingen.

### **Lange Wunschliste**

Die Vorschläge der Arbeitnehmervertreter würden ihren Rechnungen zufolge heuer 1,2 Milliarden bringen, bis 2017 wären zwischen 7,7 und 10,5 Milliarden zu holen. Einen guten Teil des Einsparungsvolumens würde man über steuerliche Maßnahmen lukrieren, und das ohne Erhöhung von Massensteuern, etwa der Mehrwertsteuer.

Vorgeschlagen werden eine Vermögenssteuer, eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Streichung steuerlicher Privilegien von Privatstiftungen, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 50 auf 55 Prozent für Einkommen, die über jenem des Bundeskanzlers liegen, sowie eine Einschränkung der Gruppenbesteuerung, das Ende der Spekulationsfrist bei Immobilien, eine Erhöhung der Lkw-Maut und eine Reform der Grundsteuer.

### **Wenig Freude für Bauern und Unternehmer**

Wenig freuen dürfte Bauern zudem die Forderung nach einer Aufgabe der steuerlichen Pauschalierung in der Landwirtschaft, von der gemäß ÖGB und AK nur noch Kleinstbetriebe profitieren dürften.

Ebenfalls gegen die Bauern zielt die Forderung, die Rückvergütung der Mineralölsteuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge abzuschaffen.

Dienstgeber sollen künftig einen Euro pro Überstunde zahlen, wobei je 50 Cent an Arbeitslosen- und Krankenversicherung fließen sollten. Ferner soll die Beitragsbefreiung für ältere Arbeitnehmer auslaufen und sollen die Arbeitgeber die erste Woche das Arbeitslosengeld für gekündigte Dienstnehmer zahlen. Bei der Wirtschaftsförderung sehen ÖGB und AK ein Einsparungsvolumen von 100 Millionen.

### **Nein zu Pensionseinschnitten**

Einsparungen im Pensionsbereich wollen die Arbeitnehmer nicht etwa über höhere Abschläge oder ein Vorziehen der Angleichung des Frauenpensionsalters erzielen - beides wird explizit abgelehnt, sondern indem Selbstständige und Besserverdienende zur Kasse gebeten werden.

Vorgeschlagen wird eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 300 Euro sowie eine Erhöhung der Beitragssätze für Bauern und Selbstständige um 0,5 Prozentpunkte.

Ausdrücklich unterstützt wird das Sozialpartnerpapier vom vergangenen Herbst, das die Invaliditätspension vor allem über die Rehaschiene bremsen soll. Im Gesundheitswesen sieht man durch eine effizientere Gestaltung des Systems ein Kostendämpfungspotenzial von 900 Millionen.

### **Kampf gegen Steuerbetrug**

Bei der Familienförderung setzt man auf das jüngst von AK und Industriellenvereinigung präsentierte Modell mit einer Zusammenführung der Geld- und Steuerleistungen. Die Infrastrukturprojekte der ÖBB sollen zeitlich modifiziert werden.

Eine Personalreduktion im öffentlichen Dienst wird ebenso abgelehnt wie Einmaleffekte durch Privatisierungen, und es brauche wirkungsvollere Modelle zur Bekämpfung von Steuerbetrug.

Unter anderem soll ein Abkommen mit der Schweiz angestrebt werden, hätten doch Österreicher dort bis zu 17 Milliarden auf Bankkonten geparkt, die dem heimischen Fiskus entgingen.

## **Wolfgang Stoppel**

**GdG-KMSfB Vorarlberg**  
**Gewerkschaft der Gemeindebediensteten**  
**Kultur, Medien, Sport und freie Berufe**  
Rathausplatz 4/5, 6850 Dornbirn

E-Mail: [vorarlberg@gdg-kmsfb.at](mailto:vorarlberg@gdg-kmsfb.at)  
Website: [www.gdg-vbg.at](http://www.gdg-vbg.at)  
Telefon: **43 (5572) 25072**  
Fax: **+43 (5572) 25072-20**  
ZVR.Nr.: **576439352**